

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Lateinamerika und die USA

Seit einem Jahrhundert bis in die Gegenwart hinein sind die USA ein entscheidender Faktor für die Gestaltung und Entwicklung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme Lateinamerikas. Die jüngste Intervention der 22 000 Marineinfanteristen in Santo Domingo hat die antiimperialistische Empfindlichkeit der lateinamerikanischen Staaten wieder erweckt. Die 100 Jahre der Geschichte des Verhältnisses zwischen den USA und Lateinamerika lassen diese heutige Situation verstehen.

Monroedoktrin und Dollardiplomatie

Die erste Phase dieser Geschichte ist durch die Monroedoktrin gekennzeichnet (1823). Das Prinzip „Amerika den Amerikanern“ ist aber nicht als eine Folge angeblicher Bestrebungen der USA entstanden, die Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten zu unterstützen, sondern als Folge des Entschlusses, den Expansionsdrang der europäischen Mächte im amerikanischen Raum zu bremsen, um damit einen freien Raum für die eigene Expansion zu schaffen. Von 1848 bis Ende des Jahrhunderts annektierten die USA Nordmexiko, Neu-Mexiko, Arizona und Kalifornien (Mexikokrieg), Puerto Rico, die Philippinen, Hawaii und Kuba (Krieg gegen Spanien 1898).

Mit Theodore Roosevelt beginnt die Zeit des amerikanischen Imperialismus als zweite Phase der Politik gegenüber Lateinamerika. Er verkündet den „Zusatz zur Monroedoktrin“ (1904), in dem die USA Anspruch auf eine internationale Polizeigewalt im Karibischen Raum erheben. Der Bau des Panamakanals (mit der von den USA gesteuerten Unabhängigkeit Panamas) ermöglicht die Befestigung der amerikanischen Herrschaft im pazifischen und atlantischen Raum. Diese Zeit, die auch als „Interventionismus“ oder „Dollardiplomatie“ bezeichnet wurde und der sog. „Isolationismuspolitik“ der USA gegenüber den europäischen Mächten (besonders unter Präsident Wilson) entspricht, besteht bis 1934 aus einer ununterbrochenen Reihe von militärischen Interventionen der Vereinigten Staaten in Lateinamerika. Mit „Dollardiplomatie“ wird in den zwanziger Jahren die große Wirtschaftsexpansion der USA im lateinamerikanischen Raum mit dem darauffolgenden politischen Druck charakterisiert. Die Akkumulation von Kapitalien in den USA nach dem Ersten Weltkrieg und das Fehlen der europäischen Produkte in den lateinamerikanischen Gebieten ermöglichen hier in den folgenden Jahren eine gewaltige Entfaltung des wirtschaftlichen Einflusses der Vereinigten Staaten. Die nordamerikanischen Investitionen waren im Jahre 1929 fünfmal größer als im Jahre 1914, und die Exportquote, die 1920 etwa 600 Millionen Dollar betrug, überstieg neun Jahre später eine Milliarde Dollar.

Das Ende des Interventionismus

Der Interventionismus, der eine wirkliche „Praxis“ der amerikanischen Politik geworden war, wenn er auch während der Präsidentschaft Wilsons etwas gemildert wurde, erstarkte unter Präsident Coolidge wieder, der in Wort und Tat mit Selbstverständlichkeit und als Lebensnotwendigkeit beanspruchte, seine Bürger und seine wirtschaftlichen Interessen im amerikanischen Raum auch

militärisch zu verteidigen. Im Januar 1928 fand in La Havana die sechste Panamerikanische Konferenz statt, die noch heute als Symbol des amerikanischen Imperialismus in Lateinamerika gilt, aber auch die selbstbewußt nach Autonomie strebende antiamerikanische Reaktion der zwanzig Staaten zeigte. Hier waren seit Gründung der panamerikanischen Union zum erstenmal alle lateinamerikanischen Staaten vertreten. Zum erstenmal wurde hier die nordamerikanische Politik in Lateinamerika frontal angegriffen und der militärische bzw. politische Interventionismus der USA von allen Staaten (außer Nicaragua und Peru) verurteilt. Die Havanna-Konferenz bedeutet das Ende der militärischen Intervention der USA und seiner „Dollardiplomatie“, die schon in der Krise der zwanziger Jahre etwas gedämpft wurde; und eine neue Periode des Panamerikanismus beginnt.

Bis dahin hatten schon verschiedene Faktoren in Lateinamerika die öffentliche Meinung gegen den Expansionsdrang und Interventionismus der USA stark beeinflußt: die antiimperialistische Propaganda des Kommunismus und der Sozialdemokratie und die sogenannte „Universitätsreform“ in Argentinien; nicht weniger die Faszination der sozialreformerischen, nationalistischen Regime in Mittel- und Südeuropa der zwanziger und dreißiger Jahre; und vor allem die nationalistische Bewegung, etwa die APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana) in Peru.

Politik der guten Nachbarschaft

Die dritte Phase begann mit der ersten Präsidentschaft Franklin Roosevelts und seiner neuen „Politik der guten Nachbarschaft“, womit er auf den Zusatz zur Monroedoktrin verzichtete (1933). Trotz der groben Interventionen der USA in die inneren Angelegenheiten der lateinamerikanischen Staaten wurden die Versuche zu einer gesamtamerikanischen Integration (der sog. Panamerikanismus) weitergeführt, um zumindest zu einem freundschaftlichen Modus vivendi zwischen den lateinamerikanischen Staaten und den USA zu kommen, der schon bei der ersten Panamerikanischen Konferenz zu Washington (1889) und noch vorher auf der Lima-Konferenz von 1847 und 1864 gefordert wurde. Während der siebten Panamerikanischen Konferenz in Montevideo (1933) und trotz aller Versprechen Roosevelts, die Freiheit, Unabhängigkeit und die inneren Angelegenheiten der amerikanischen Staaten zu respektieren, wurde das Gefühl der Unzufriedenheit der Lateinamerikaner deutlich; man fürchtete die Wiederkehr der alten Politik. Der Vorschlag Cordell Hulls, die wirtschaftlichen Beziehungen durch neue bilaterale Verträge auf Grund gegenseitiger Konzessionen und Maßnahmen zu verbessern, wurde gutgeheißen. So folgten darauf: die Abschaffung der Zollhindernisse und des Platt-Vertrages (Kuba), die verschiedenen Wirtschaftsabkommen mit Haiti, Brasilien, Kolumbien, Costa Rica, Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua, der Verzicht auf neue militärische Interventionen der USA in Panama und Nicaragua auf Verlangen der jeweiligen Regierungen, die strikte Neutralität der USA im Chaco-Krieg zwischen Bolivien und Paraguay (der Kongreß verbot den Verkauf von Waffen an die beiden streitenden Seiten). Dies alles stärkte die enger werdenden Beziehungen einer „guten Nachbarschaft“. Gleichzeitig nahmen die Investitionen der USA zu.

Die Konferenz von Buenos Aires (1936), an der der neu gewählte Präsident F. Roosevelt teilnahm, legte durch Unterzeichnung von drei Konventionen als Richtlinien der neuen interamerikanischen Politik fest:

1. Gegenseitige Konsultation im Falle eines außeramerikanischen Krieges, in den ein amerikanischer Staat verwickelt ist (was die Kriegserklärung gegen Deutschland zum Ende des Zweiten Weltkrieges erklärt); man sprach mit Bedacht von „Konsultation“, um die „Kontinentalisation“ der Monroedoktrin — als alte Tendenz der USA — zu verhindern.

2. Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.

3. Die Verwirklichung, Weiterführung und Entfaltung gegenseitiger Verträge.

Das wichtigste Ergebnis der Konferenz von Buenos Aires war der Verzicht der USA auf die Anwendung der Monroedoktrin und die Anerkennung des Prinzips der Nichteinmischung.

Wandlungen nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Prinzipien der interamerikanischen Politik, die auf rein juridischer Ebene während der Präsidentschaft F. Roosevelts gegenseitig anerkannt wurden, vor allem die Gemeinsamkeit politischer Ideale, die Gleichheit und Gleichberechtigung aller amerikanischen Staaten, die gegenseitige Anerkennung der Souveränität, der Unabhängigkeit und freien Entwicklung eines jeden Staates, die Verpflichtung zur friedlichen Lösung interamerikanischer Streitigkeiten, das Bekenntnis zur moralischen Einheit der lateinamerikanischen Staaten und die Notwendigkeit gegenseitiger Konsultationen auf demokratischer Ebene für die Regelung der interamerikanischen Fragen — diese Prinzipien wurden in den letzten zwei Jahrzehnten nicht immer beachtet.

Eine Vielzahl von Faktoren veränderten die Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika nach dem Zweiten Weltkrieg. Die beiden bedeutsamsten sind:

1. Eine Wiederbelebung der „Dollardiplomatie“, indem gewisse amerikanische Wirtschaftskreise versuchen, Druck auf die USA-Regierung auszuüben, um direkt oder indirekt die Politik der Regierung zur Unterstützung ihrer gefährdeten Wirtschaftsinteressen einzusetzen. Dennoch ist es aber naiv, zu behaupten, wie viele Lateinamerikaner, vor allem bestimmte Demagogen (z. B. Perón), es in fester Überzeugung tun, daß die politischen Entscheidungen des State Department von der „United Fruit Co“ oder der „International Petroleum Co“ gesteuert werden. Wenn es so wäre, wäre auch die Lösung dieser politischen Konflikte sehr viel leichter und einfacher. Mögen diese Einflüsse auch eine Tatsache sein, so sind sie doch nicht die einzige Kausalerklärung. Hier kamen wieder die alten Slogans des Kommunismus oder der APRA gegen den Yankee-Imperialismus zum Zuge, und so wurden sie vom Peronismus übernommen. Auf Grund dieser propagandistischen Parolen versuchen viele, wenn nicht die meisten politischen Parteien, auf demagogische Weise an die Macht zu kommen, indem sie damit die unwissenden Massen für sich zu gewinnen suchten. Damit soll nicht die oft unsoziale Wirtschaftspolitik der amerikanischen Interessen beschönigt oder gerechtfertigt, sondern bloß gesagt werden, daß man das Phänomen des amerikanischen Imperialismus in Lateinamerika viel mehr zu ideologisieren und demagogisch auszunutzen als sachlich nachzuprüfen und zu klären suchte.

2. Die amerikanische Unterstützung der Militärdiktaturen, die in den fünfziger Jahren fast in allen lateinamerikanischen Staaten an die Macht kamen. Diese teilweise sozial fortschrittlichen Diktaturen schufen in den durch ständiges Putschen und durch Revolutionen gekennzeichneten Ländern eine für den wirtschaftlichen Fortschritt unerläßliche Ordnung und Disziplin als Vorbedingung für weitere ausländische Investitionen. Gleichzeitig waren sie auch eine Garantie gegen jeden Linksextremismus. Heute gibt es nur noch wenige Militärdiktaturen alten Stils (Paraguay und Haiti). Dennoch aber bleibt die Haltung der USA — nach der öffentlichen Meinung Lateinamerikas — nach wie vor unverändert, da Washington geneigt ist, jede soziale Unruhe mit Kommunismus zu identifizieren. Das bringt langsam die Mittelschichten, vor allem Intellektuelle und Studenten, zu der Überzeugung, daß die Demokratie eine optische Täuschung ist, daß jede Bemühung um soziale Reform mit Gewalt unterdrückt wird und daß letzten Endes immer nur der Weg der gewaltsamen Revolution offenbleibt. Die Lateinamerikaner sind überzeugt, daß die USA nicht an die Möglichkeit der Demokratie in Lateinamerika glauben. Die jüngsten Interventionen in Guatemala und Santo Domingo, die Unterstützung übelster und korruptester Diktatoren, wie Trujillo und Batista, erhärten diese Überzeugung.

Die gegenwärtige Haltung gegenüber den USA

Im wesentlichen kann man die gegenwärtige Haltung der lateinamerikanischen Staaten den USA gegenüber wie folgt kennzeichnen:

1. Im allgemeinen unterstützen sie die internationale Politik Nordamerikas, besonders im Ost-West-Konflikt. Damit versuchen die Regierungen Lateinamerikas, die Gefahr einer Wiederholung des gewalttätigen Extremismus — Fall Kuba — zu verhindern und den Einfluß des Kommunismus zu dämpfen.

2. In interamerikanischen politischen Fragen ist ihre Haltung skeptisch, oft sogar ablehnend, doch ist sie in den verschiedenen Staaten sehr unterschiedlich. Die politische Wahlpropaganda und die Prinzipien aller heute noch geltenden politischen Parteien — Regierungs- oder Oppositionsparteien — ist von der antiimperialistischen, genauer Anti-Yankee-Stimmung geprägt. Das äußert sich in häufig unbegrenzten Wahlversprechen auf Verstaatlichung ausländischer bzw. amerikanischer Konzerne und Unternehmen (vgl. Illia und die ausländischen Erdölgesellschaften, Belaúnde und die International Petroleum Co usw.). An die Macht gekommen, auf die finanzielle Hilfe der USA angewiesen und damit unter dem Druck derselben, lösen die Regierungen dann die Versprechungen nicht ein, verschieben die Entscheidung und suchen eine Kompromißlösung, die dann neue Reaktionen der Opposition gegen den USA-Imperialismus und seine „Lakaien“ im Lande auslöst.

3. Die lateinamerikanischen Staaten versuchen infolgedessen einen neuen Weg zu finden, um die vom Nationalismus verlangte Autonomie zu erreichen und gleichzeitig die auf Grund der sozialen und wirtschaftlichen Rückständigkeit dringend erforderliche Entwicklung voranzutreiben. Zwei Möglichkeiten bieten sich dafür an: sich den Ostblockländern anzunähern oder die notwendige finanzielle Hilfe bei anderen westlichen bzw. den europäischen Ländern zu finden, um sich von der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von den USA zu befreien, ihren

eigenständigen Platz in der modernen Staatengemeinschaft zu behaupten und die Reste der Monroedoktrin endgültig zu überwinden.

Der Verzicht auf jede amerikanische Hilfe und die Annäherung an die kommunistischen Länder, die Forderung der linksradikalen Gruppen, ist nach der Kuba-Erfahrung in Mißkredit geraten. Die Nachteile dieser Lösung sind für das öffentliche Bewußtsein ziemlich klar: eine lange Austeritätsperiode (die von den Arbeiterschichten abgelehnt wird), Gefahr eines unkontrollierbaren Einflusses der Linken, möglicherweise sogar die Bildung von Volksfrontregierungen sowjetischen Musters, zumindest die Aufhebung der Grundfreiheiten der Bürger und die Ausbildung einer neuen, bedingungsreichen, entfremdenden Abhängigkeit.

Einen neuen Weg eröffnet die neuerliche hegemonialpolitische Haltung Frankreichs den USA gegenüber mit dem Versuch, in den Entwicklungsländern einen mit den USA konkurrierenden Einfluß zu gewinnen. Der Besuch de Gaulles (September 1964) in Lateinamerika war der Anlaß für häufige Äußerungen führender Persönlichkeiten über die Notwendigkeit, die Isolierung der lateinamerikanischen Staaten durch die USA mit einer Angliederung an Europa zu überwinden und damit gleichzeitig ein Mittel zu gewinnen, die kommunistische Gefahr zu beseitigen. Aus diesem Grund fand die spätere, überraschend schnelle, öffentliche Verurteilung des nordamerikanischen Eingreifens in Santo Domingo durch de Gaulle in vielen lateinamerikanischen Staaten ein nicht geringes Echo. Maßgebend war die Reaktion chilenischer Politiker — heute Vertreter einer unermüdlichen, friedlichen Sozialreform —, die darin ein „erfreuliches Anwachsen des europäischen Verständnisses für die Probleme der Nichteinmischung und des Selbstbestimmungsrechtes der iberamerikanischen Völker“ sahen. Trotzdem betrachtet man den Anspruch de Gaulles, Weltmacht zu sein, als Ressentimentsreaktion, und vor allem ist man skeptisch hinsichtlich der Kapazität Frankreichs, mit der amerikanischen Wirtschaftshilfe zu konkurrieren. Außerdem bedeutete die Intervention der französischen Fallschirmjäger im Staat Gabun (Februar 1964) eine der amerikanischen ähnliche Einmischung.

Die Allianz für den Fortschritt

Einen Wendepunkt für die Beziehungen zwischen Lateinamerika und den USA bedeutete die Konferenz der Außenminister der amerikanischen Staaten in Punta del Este, Uruguay, im Januar 1962. Dort sollte eine „Allianz für den Fortschritt“, die von der Regierung Kennedy geplant und ausgearbeitet und als eine Art Marshallplan für Lateinamerika angekündigt worden war, geprüft und angenommen werden. Drei Themen wurden von dem US-Staatssekretär M. Dillon in seiner Eröffnungsansprache zur Diskussion gestellt:

1. Eine langfristige Hilfe der USA, verschiedener europäischer Länder und Japans in Höhe von 20 Milliarden Dollar, mit dem Ziel einer jährlichen Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens um 2,5 %.
2. Die Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Staaten für eine gesunde Entwicklungspolitik des Subkontinents.
3. Das Engagement der lateinamerikanischen Staaten für eine Reform der Sozialstrukturen der lateinamerikanischen Länder und für die Beseitigung der Privilegien gewisser Schichten und Cliquen.

Die USA forderten selbstverständlich und deutlich die

Selbsthilfe der lateinamerikanischen Staaten; die Hilfe der USA sollte nur komplementär sein. Die Versprechungen finanzieller Hilfe stießen jedoch auf Skepsis. Zunächst fragte man sich, wie die USA die Mithilfe anderer Länder (Europa und Japan) und der internationalen Wirtschaftsinstitutionen versprechen könnten; auch schlossen die 20 Milliarden Dollar die privaten, durch die politische Instabilität fraglich gewordenen Investitionen mit ein. Der Gesamteindruck war: viele Versprechungen und wenig Mittel. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß die Allianz für den Fortschritt ohne den Fall Kuba nicht zustande gekommen wäre und also nur die unmittelbare Gefahr eines kommunistischen Lateinamerikas die USA zu ihren Maßnahmen veranlaßt hatte.

Zwischen 1945 und 1961 hatte Lateinamerika von den USA eine finanzielle Hilfe in Höhe von 2,6 Milliarden Dollar erhalten, gegenüber 24,8 Milliarden für Europa, 11,4 für Fernost und 8,1 Milliarden für den Vorderen Orient und Südostasien. Diese Zahlen bekommen ihre Bedeutung erst, wenn man bedenkt, daß der Bevölkerungszuwachs Lateinamerikas der größte der Welt ist; der angezielte Pro-Kopf-Zuwachs entspricht also kaum dem natürlichen Bevölkerungszuwachs. Dies war ja auch der frühere Vorwurf des Senators J. F. Kennedy (Strategie des Friedens) gegen die Lateinamerikapolitik der USA: Lateinamerika, das wichtigste Einflußgebiet für die USA, bekomme nur 3,5 % der amerikanischen Auslandshilfe.

Die Veröffentlichungen des Sekretariats der Allianz für den Fortschritt zeigen, daß die Ergebnisse, so relativ groß sie gewesen sein mögen (360 Krankenhäuser, 17 250 Schulräume, 168 000 Wohnungen, 25 000 km Straßen), nur einen kleinen Beitrag im Vergleich zu den Bedürfnissen (Brasilien z. B. braucht jährlich 400 000 Wohnungen) bedeuten. T. Moscoso, der Sekretär der Allianz, gab zu, daß die Kredite bis jetzt noch zum großen Teil verwandt wurden, um das Defizit der jeweiligen Regierungen zu decken (vgl. Argentinien: 1962 500 Millionen Dollar).

Im Jahre 1961 lenkte J. F. Kennedy die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf die Fehlpolitik der USA, die sich darin zeigte, daß die USA 1961 in die Entwicklungsländer 200 Millionen Dollar investierten, dagegen aber 1,3 Milliarden gewannen, während sie in Westeuropa im gleichen Jahr 1,5 Milliarden Dollar investierten und nur 1,3 Milliarden Dollar gewannen.

Der Konflikt hat sich verschärft

Die Konferenz von Punta del Este brachte eine Verschärfung der ständigen, latenten Konflikte zwischen den USA und Lateinamerika mit sich, hauptsächlich in Form prokubanischer Demonstrationen, Streiks und antiamerikanischer Stellungnahmen breiter Kreise der Intellektuellen. Dazu kamen gleichzeitig aber auch eine ganze Reihe von Maßnahmen der rechtsgerichteten bzw. antikommunistischen Kreise: Die christliche Demokratie Ekuadors schloß den Außenminister aus ihrer Partei aus, da er sich nach Meinung der Partei auf der Konferenz zu neutralistisch verhalten hatte. Der argentinische Präsident Frondizi wurde von den Militärs gezwungen, die Beziehungen zu Kuba abzubrechen — kurze Zeit später wurde er gestürzt. Die Anwesenheit Kubas bei der Konferenz, vertreten durch „Che“ Guevara, löste große Spannungen aus, denn die Hauptfrage der unmittelbar darauffolgenden Zeit war gerade der Ausschluß Kubas aus der Organisation Amerikanischer Staaten. Das war dann auf einer Gegenkonferenz der lateinamerikanischen Völker in Havana zu

gleicher Zeit, bei der nicht unbedeutende Politiker anwesend waren (Allende aus Chile, Juliao aus Brasilien, Cardenas aus Mexiko), für Castro der Anlaß, sich im Februar 1962 unmißverständlich als Kommunist zu bekennen und die Unvermeidbarkeit einer gewaltigen Revolution in Lateinamerika als einzigen Weg zu wirklicher Befreiung der lateinamerikanischen Länder anzukündigen.

Ein Jahr nach der Konferenz von Punta del Este betonte J. F. Kennedy (November 1962) die Entschlossenheit der USA, „das umfangreiche Bemühen der USA weiterzuführen, um dem Bedarf der lateinamerikanischen Völker im Bereich der Wohnungsnot, Arbeit und Boden, Gesundheit und Schulung“ gerecht zu werden. Gleichzeitig erklärte Kennedy, daß die Revolution nur vermeidbar und eine evolutionäre Entwicklung möglich sei, wenn die oberen Schichten auf ihre Privilegien verzichteten und eine raschere Reform der ungerechten Sozial- und Wirtschaftsstrukturen durchführten.

Solange aber nicht gegen die zwar latente, aber doch wirksame imperialistische Politik der amerikanischen Wirtschaftsinteressen vorgegangen wird, ist auch keine Änderung der mit der amerikanischen Wirtschaftspolitik gekoppelten Interessen der einheimischen privilegierten Schichten der lateinamerikanischen Völker zu erwarten.

Antikommunismus führt zu Interventionismus

Seit dem Sturz der Militärdiktatoren (um 1958) in fast allen lateinamerikanischen Staaten und der folgenden Machtübernahme durch sozial fortschrittliche, gemäßigte Regierungen, die dennoch auch stark unter dem Druck der alten, privilegierten in- und ausländischen Interessengruppen stehen, hauptsächlich aber seit der deutlichen Tendenz der Castro-Revolution zum Kommunismus, beginnt allmählich wieder das alte Prinzip des Interventionismus der Monroedoktrin an Boden zu gewinnen. Der Anlaß der Wiederbelebung des amerikanischen Interventionismus ist die wachsende Gefahr des Kommunismus in Lateinamerika. Schon 1959 sagte Foster Dulles, daß die Beherrschung und Kontrolle der politischen Institutionen irgendeines Staates durch den internationalen Kommunismus die größte Gefahr für die Souveränität und Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten darstelle und zu einem politischen Herrschaftssystem in dieser Hemisphäre führe, das einer außerkontinentalen Macht eigen ist. Die

Intervention in Guatemala (Sturz des fortschrittlichen Präsidenten Arbenz) wurde auf Grund dieses Prinzips gerechtfertigt. Auch J. F. Kennedy stand am Anfang seiner Präsidentschaft vor einer solchen Entscheidung, die von der Verwaltung seines Vorgängers schon vorbereitet war: die panamerikanische Politik des Noninterventionismus bedeutet nicht Passivität! „Wenn die Nationen dieses Kontinents ihre Entschlossenheit vergessen, gegen den Kommunismus zu kämpfen, will ich sie wissen lassen, daß meine Regierung entschlossen ist, ihre Pflicht, unser Land zu verteidigen, zu erfüllen.“ So identifizierte damals Kennedy wie heute auch Johnson die kommunistische Gefahr mit der Sicherheitsgefährdung der USA. Aus diesem Grunde kehrten die USA zu den alten Prinzipien ihrer Lateinamerikapolitik zurück. Nicht alles aber, was den Antikommunismus stützt, ist für die mit einer großen antiamerikanischen Empfindlichkeit belasteten lateinamerikanischen Staaten günstig. Die Ablehnung der proamerikanischen Haltung bedeutet nicht unbedingt eine prokommunistische Haltung. Die Fiktion der amerikanischen Politik, nach der als bedingungsloses Prinzip der Satz aufgestellt wird, „wer nicht für mich ist, der ist gegen mich“, fördert den Kommunismus mehr, als sie ihn bremst.

Seit der Gründung der ersten kommunistischen Partei Lateinamerikas (Buenos Aires 1919) ist der Kommunismus in allen Ländern gescheitert. Castro selber wurde im Anfang, gleich nach seiner Machtübernahme, in New York bejubelt. So kann man die Frage stellen: Hätte Castro sich auch dann zum Kommunisten gewandelt, wenn die Hochfinanz der USA ihm seine Forderungen für eine Regelung der wirtschaftlichen Situation Kubas erfüllt hätte?

Durch das jüngste Geschehen in Santo Domingo gewinnt diese Frage erneut an Aktualität. Auch wenn die Haltung der lateinamerikanischen Staaten hinsichtlich der Intervention der USA vom 14. April sehr unterschiedlich war, so stellt doch ihre Ablehnung durch gemäßigte, sozial fortschrittliche Regierungen — wie Frei — die Gültigkeit, Wirksamkeit und Nützlichkeit der „Organisation Amerikanischer Staaten“ und damit eines der letzten Instrumente der Lateinamerikapolitik der USA sehr in Frage. Die Schwäche der OAS ist allzu deutlich, ebenso wie die Kompromißsituation vieler Regierungen zwischen Oligarchie und Linksparteien.

Aus der totalitären Welt

Aktuelle Probleme kommunistischer Politik in Mitteldeutschland

Am 7. Oktober 1964 wurde in Mitteldeutschland der 15. Jahrestag der Gründung der „DDR“ und am 8. Mai 1965 der 20. Jahrestag der „Befreiung“ von der Hitler-Diktatur ausgiebig mit Reden über die „Errungenschaften“ und mit der Proklamation großer Zukunftsperspektiven gefeiert. Und es ist nicht zu verkennen, daß es in jüngster Zeit Anzeichen für eine langsame, aber stetige Aufwärtsentwicklung gibt. Innen- und außenpolitisch beginnt sich im Unterschied zu früheren Jahren eine relative Stabilisierung des Ulbricht-Regimes abzuzeichnen. Die krisenartige Situation der Jahre 1959 bis 1963 wurde über-

wunden. Dieser Entwicklungstrend findet in zunehmendem Selbstbewußtsein der SED-Führer seinen sichtbaren Ausdruck.

Der wirtschaftliche Aufstieg Mitteldeutschlands

Die Anwendung bisher verpönte Kategorien der Betriebswirtschaftslehre, wie Gewinn, Kosten, Preis, Umsatz, als sogenannter ökonomischer Hebel im Rahmen des „Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (Beschuß des Präsidiums des Ministerrats vom 11. Juni 1963) sowie die Reform der Industriepreise haben erheblich zu einer rentableren Produktion beigetragen. Die Verluste, die durch die zentralistische Planbürokratie früher entstanden sind, haben sich vermindert. Ein pragmatischeres Vorgehen in der Wirtschafts-